

# „Mediengeile Klimakleber oder selbstlose Weltretter?“

Eine Talkshow-Simulation zu den Protesten der Letzten Generation

Tom Meyer und Florian Weber-Stein

## „Letzte Generation“ – (k)ein Thema für die Schule?

Die Klimaproteste der „Letzten Generation“ (im Folgenden: LG) sind längst zu einem schulpolitischen Thema geworden. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ (2023) vom 8. April 2023, die LG wolle aktiv Aktivist:innen an Schulen rekrutieren, kündigten die Kultusminister:innen fast aller Länder an, dies proaktiv verhindern zu wollen.

Die Einbeziehung externer Akteur:innen in die Bildungsarbeit der Schule ist grundsätzlich rechtfertigungsbedürftig und im Falle einer Vereinigung, die mittlerweile von einigen Behörden als kriminell eingestuft worden ist, sicherlich problematisch. Umso wichtiger erscheint es, die Forderungen und Protestformen der LG zum Gegenstand einer politikdidaktisch reflektierten, unterrichtlichen Auseinandersetzung zu machen. Dazu unterbreiten wir im Folgenden einen Unterrichtsvorschlag, der sich an der Makromethode der Talkshow-Simulation orientiert. Die Materialien können von der GWP-Internetseite mit Open Access abgerufen werden.

In einem ersten Schritt werden wir einordnen, welche Möglichkeiten für Klimaaktivismus im demokratischen Verfassungsstaat bestehen und welche Kriterien zur Beurteilung der Legitimität der Proteste der LG aus demokratietheoretischer Sicht angelegt werden (1.). Es schließen sich einige politikdidaktische Überlegungen zu den Protesten der LG als Unterrichtsgegenstand an (2.). Es folgt eine Vorstellung der Talkshow-Simulation als Makromethode sowie eine knappe Skizze unseres



**Tom Meyer**

Doktorand im Bereich Politikwissenschaft und Politikdidaktik,  
Institut für Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule  
Ludwigsburg



**Prof. Dr. Florian Weber-Stein**

Professor für Politikwissenschaft und Politikdidaktik, Institut für  
Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Unterrichtsmaterials (3.), bevor wir die Erfahrungen aus der praktischen Durchführung in einer Stuttgarter Gemeinschaftsschule (Sek. II) schildern (4.). Ein kurzes Fazit schließt unsere Überlegungen ab (5.).

## 1. Klimaproteste im demokratischen Verfassungsstaat

Die Proteste der LG zielen auf eine bewusste Störung des Alltags, um bei der Bevölkerung und den politischen Eliten die Problematik einer Politik ins Bewusstsein zu rufen, deren Maßnahmen nach einhelliger klimawissenschaftlicher Auffassung nicht ausreichen, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen (Spiegel Online 2023). Bei großen Teilen der Bevölkerung sowie der Politiker:innen stoßen sie damit auf Ablehnung und Unverständnis. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive spricht Vieles dafür, dass das Problem einer (noch) nicht nachhaltigen Politik weniger am Unvermögen der handelnden Personen als an den Strukturen des politischen Systems festzumachen ist.

### a) Die Gegenwartspräferenz repräsentativer Demokratien

Unter dem Schlagwort „Demokratiedefekte“ werden strukturelle Probleme verstanden, die auf den „demokratischen Charakter“ (Mannewitz 2018, S. 18) eines Systems zurückgeführt werden können. Die *Gegenwartspräferenz* repräsentativer Demokratien hat zwei Ursachen: Um in Wahlkämpfen ihre Chancen zu erhöhen, orientieren sich Politiker:innen an den Bedürfnissen ihrer Wählerschaft. Die Interessen junger oder zukünftiger Generationen spielen daher im Kalkül nur eine untergeordnete Rolle (Gesang 2022). Darüber hinaus sind Politiker:innen bestrebt, die Ergebnisse ihrer Politik während ihrer Amtszeit vorweisen zu können. Zusätzlich erschwert die Unsicherheit über zukünftige Machtverhältnisse eine langfristige politische Agenda

Es ist jedoch nicht nur das Machtkalkül der Politiker:innen in kurzgetakteten Amtsperioden, das eine nachhaltige Politik erschwert, sondern auch die Erwartungshaltung der Wählerschaft (Tremmel 2018; Gesang 2022). Empirische Untersuchungen stützen die Vermutung, dass vorausschauendes politisches Handeln seitens der Wähler:innen nicht entsprechend gewürdigt wird. In der Studie von Healy und Malhorta (2009) honorierten Wähler:innen das Bereitstellen von Katastrophenhilfe, wohingegen Investitionen in die Katastrophenvorsorge keine entsprechende Wertschätzung fanden (Rose 2018).

Die grundlegende Frage, welchem Wahlvolk politische Entscheidungsträger:innen in einer Demokratie verpflichtet sind, beschäftigt Demokratietheoretiker:innen seit jeher (ebd.). Spätestens mit der Entstehung einer von Vernetzungen und Abhängigkeiten geprägten Weltwirtschaft wurde das *Demos-Problem* zu einer zentralen ethischen Frage für die politische Praxis (Gesang 2022). Mit Blick auf die langfristigen ökologischen Folgen besitzt dieses Problem zusätzlich eine intergenerationelle Komponente. In der Gegenwart getroffene politische Entscheidungen über das Einleiten von Klimaschutzmaßnahmen betreffen Dimensionen von zehn- bis hunderttausenden von Jahren (Tremmel 2018). Damit sind es vor allem die zukünftig lebenden

Menschen, deren Lebensqualität von den Auswirkungen heutiger politischer Beschlüsse potentiell betroffen ist. Nach dem *all-affected-Prinzip* sollten alle von einem politischen Beschluss bzw. Gesetz Betroffenen Einfluss auf dessen Entstehung ausüben können (Gesang 2022). Auch wenn die vollkommene Anwendung dieses Prinzips im Hinblick auf seine praktische Umsetzung durchaus umstritten ist, dient es verschiedenen Autoren, um eine stärkere Berücksichtigung zukünftiger Interessenlagen einzufordern.

## b) Reformvorschläge

Das strukturelle Nachhaltigkeitsproblem repräsentativer Demokratien mündet in einigen Reformvorschlägen, die nachfolgend kurz skizziert werden. Dem alle paar Jahre aufkommenden Ruf nach einer *Öko-Diktatur* muss keine Beachtung zuteil werden: Zum einen würde das Funktionieren eines solchen Modells nach einer politischen Führung verlangen, die äußerst uneigennützig agiert (Buchstein 2012, S. 54f.). Wie die Vergangenheit gezeigt hat, wäre das Vertrauen auf einen „wohlmeinenden Diktator“ (ebd.) mit großen Unsicherheiten behaftet. Zum anderen bescheinigen verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen demokratischen Systemen im Bereich Umweltpolitik ein höheres Leistungsvermögen als autokratischen Regimen.

Anders als die zu vernachlässigende „autokratische Lösung“ treffen Varianten *direkter Demokratie* als Alternative zum jetzigen System auf hohe gesellschaftliche Zustimmung (Best et al. 2023, S. 22), allerdings v.a. bei denjenigen, die angaben, sich eher wenig für Politik zu interessieren und politische Probleme nur schwer zu durchleuchten (ebd., S. 25). Damit sind begründete Zweifel angebracht, inwiefern die „direktdemokratische Lösung“ zu weitsichtigeren politischen Entscheidungen führen würde (s.a. Gesang 2018, S. 93).

Als vielversprechenderer Reformansatz könnten dagegen Vorschläge betrachtet werden, die sich auf die Idee eines *Zukunftsrats* beziehen. Zukunftsräte bezeichnen neue Institutionen, die das parlamentarische System um eine zusätzliche Kammer erweitern sollen (Gesang 2022, S. 179). Deren Hauptaufgabe wäre das Einbringen von Zukunftsinteressen in den Gesetzgebungsprozess. Verschiedene Konzeptionen unterscheiden sich bzgl. der Zusammensetzung des Rates, der Dauer der Amtszeiten, der Kompetenzen und Aufgaben sowie des definierten Zuständigkeitsbereichs. Während ein Teil der Entwürfe dem Rat weitreichende Vetorechte einräumt (z.B. Gesang 2018), beschränken andere Autoren dessen Kompetenzen auf ein Initiativrecht (z.B. Tremmel 2018)..

Im Zusammenhang mit der Fridays for Future-Bewegung (künftig: FFF) hat auch die alte Diskussion um die *Herabsetzung des Wahlalters* neuen Aufwind erhalten. Der Soziologe Hurrelmann (2016) argumentiert, dass Jugendliche aus entwicklungspsychologischer Sicht bereits mit 14 Jahren über die notwendige Urteilsfähigkeit für eine Wahlentscheidung verfügten. Auswertungen der Jugendwahlen 2017 zeigen, dass sich das Wahlverhalten jugendlicher Wähler:innen kaum von dem der Volljährigen unterscheidet (Rösel 2017). Der Effekt einer leichten Verschiebung hin zu Parteien, die ehrgeizigere Klimaschutzziele verfolgen, könnten das strukturelle

Nachhaltigkeitsproblem wohl kaum beseitigen, die Ohnmachtsgefühle, die viele Jugendliche heute haben, allerdings vermutlich abschwächen.

### c) Ziviler Ungehorsam

Unter Demokratietheoretiker:innen besteht weitgehend Konsens, dass in Fällen, in denen es unter demokratisch legitimer Herrschaft systematisch und wiederholt zu gravierenden Ungerechtigkeiten kommt, Widerstand gegen demokratisch verabschiedete Rechtsnormen legitim sein kann. Die Anforderungen an den sog. *zivilen Ungehorsam* sind jedoch hoch, das Kriterium der Gewaltlosigkeit allein reicht nicht aus.

„Ziviler Ungehorsam ist ein moralisch begründeter Protest, dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen; er ist ein öffentlicher Akt, der in der Regel angekündigt ist und von der Polizei in seinem Ablauf kalkuliert werden kann; er schließt die vorsätzliche Verletzung einzelner Rechtsnormen ein, ohne den Gehorsam gegenüber der Rechtsordnung im ganzen zu affizieren; er verlangt die Bereitschaft, für die rechtlichen Folgen der Normverletzung einzustehen; die Regelverletzung, [...] hat ausschließlich symbolischen Charakter, daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protestes.“ (Habermas 1983, S. 35)

Im Kontext der Klimaproteste sind die Freitagsdemonstrationen von Schüler:innen überwiegend als legitime Rechtsbrüche eingeordnet worden (z.B. Kiesewetter 2022). Begründet wird dies mit gravierenden Ungerechtigkeiten gegenüber der jungen Generation sowie der Tatsache, dass (minderjährigen) Jugendlichen alternative Möglichkeiten einer konventionellen politischen Einflussnahme nicht möglich sind.

Komplizierter liegt der Fall beim Widerstand der LG (z.B. Wühl 2022; Celikates 2023). Dem Selbstverständnis nach in der Tradition des zivilen Ungehorsams stehend (Rucht 2023, S. 14ff.), verschreiben sich die Akteur:innen einem deeskalativen Auftreten, kooperieren meist bei der polizeilichen Identitätsfeststellung, rechtfertigen ihre Aktionen vor Gericht unter Bezug auf das Gemeinwohl und bekennen sich zu demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Umstritten ist jedoch, ob bei den Aktionen – bspw. der Blockade von Autobahnen, der Verschmutzung von Kunstwerken mit Lebensmitteln, dem Besprühen von Bauwerken und Denkmälern – die Verhältnismäßigkeit der Kosten gegenüber dem Anliegen gewahrt ist. Je weniger der Zusammenhang zwischen Ziel und Mittel offensichtlich ist (wie bspw. bei der Besudelung von Kunstwerken ohne offensichtlichen inhaltlichen Bezug zur Klimaproblematik), desto problematischer sind die Aktionsformen einzuschätzen, zumal die „auf Störung und Provokation angelegten Protesthandlungen [...] nur selten einen Raum für den Austausch von Argumenten [bieten]“ (Rucht 2023, S. 23).

Während die Proteste von FFF, insbesondere während ihrer Hochphase im Sommer und Herbst 2019, auf Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung stießen (Koos und Lauth 2020), werden die Proteste der LG ganz überwiegend kritisch gesehen. Laut einer SWR-Umfrage vom 26. Juni 2023<sup>1</sup> lehnen 85% der Deutschen Straßenblockaden ab, nur 13% halten diese für gerechtfertigt.

## 2. Die Proteste der Letzten Generation als Unterrichtsgegenstand – politikdidaktische Überlegungen

Wenn auch kein domänenspezifisches Prinzip der Politikdidaktik (Reinhardt 2022, S. 79), wird das Prinzip der *Schülerorientierung* oftmals zur Legitimierung von Unterrichtsthemen herangezogen. Die junge Generation ist aufgrund ihrer Lebenserwartung von den Folgen des Klimawandels besonders tangiert und „in ihren Freiheitsrechten“ stark verletzt, wie das Bundesverfassungsgericht im sog. „Klimaurteil“ bestätigt hat (BVerfG 2021).

Dass dieses Bewusstsein der besonderen generationellen Betroffenheit bei den Jugendlichen angekommen ist, zeigt etwa die 18. Shell Jugendstudie, die eine erhebliche Bedeutungssteigerung für die Themen Umweltschutz und Klimawandel bei den 12- bis 25-Jährigen registriert (Albert et al. 2019). Studien zu den Ängsten 6- bis 11-Jähriger in Deutschland belegen ebenfalls eine hohe Prävalenz der Sorgen vor Umweltverschmutzung und Klimawandel (Word Vision Deutschland 2018). Zugleich sind die Klimaproteste der LG aber auch deshalb von besonderer Relevanz für Schüler:innen, weil sie trotz einer Ausweitung der Altersspanne gegenüber den Schülerprotesten von FFF nach wie vor wesentlich von der jungen Generation (18 bis 25 Jahre) getragen werden (Rucht 2023, S. 10).

In den Klimaprotesten verdichtet sich ein zentraler Konflikt der Gegenwartspolitik wie in einem Brennglas (Prinzip der *Konfliktorientierung*; Reinhardt 2022, S. 80ff.). Die klimapolitische Konfliktlinie rückt seit einigen Jahren zunehmend ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen und strukturiert den politischen Wettbewerb der Parteien. So ist die Etablierung und der Bedeutungsgewinn grüner und rechtspopulistischer Parteien, der beiden ‚jüngsten‘ Parteifamilien, auf die Herausbildung dieser Konfliktlinie zurückzuführen. Seitdem die Ampel-Koalition in Regierungsverantwortung ist, ist diese Konfliktlinie in Deutschland kulturalisiert worden, was sich in der zunehmend heftiger ausgetragenen medialen Debatte spiegelt. Ganz konkret zeigt sich der Grad der Polarisierung etwa an den emotionalen Reaktionen betroffener Autofahrer:innen oder im Räumeeinsatz befindlicher Polizist:innen auf die Proteste.

Angesichts heikler Themen besteht die Gefahr, dass Politiklehrer:innen konfliktvolle Inhalte im Unterricht vermeiden könnten. Das Thema der Proteste der LG könnte überdies auch deshalb Vermeidungstendenzen triggern, weil ziviler Ungehorsam nicht nur zu den unkonventionellen, sondern auch zu den nicht legalen Formen politischer Partizipation zählt und eine Bewertung der Legitimität komplexe Abwägungsprozesse voraussetzt. Aus diesem Grund erscheint die Makromethode der Talkshow-Simulation gut geeignet, das Thema zu adressieren, da hier über die unterschiedlichen Rollen eine – didaktisch zu begründende – Bandbreite von Positionen im Unterricht repräsentiert und über die Vorbereitungs dossiers ein hoher Grad der materialen Vorstrukturierung erreicht ist, der das individuelle Lehrer:innenhandeln entlastet.

### 3. Die Talkshow-Simulation als Makromethode

Hatte die Sorge vor einer inhaltsarmen Reproduktion medialer Politikunterhaltung dazu geführt, dass die Makromethode „Talkshow“ in der Politikdidaktik bis Ende der 1990er-Jahre kaum Verbreitung fand, zählt sie heutzutage zu den „klassischen“ Methoden des Politikunterrichts (Massing 2020b). Neben dem hohen Motivationspotenzial lässt sich ihr politikdidaktischer Mehrwert vor allem mit der Förderung politischer Handlungskompetenzen begründen (Achour et al. 2020; Massing 2020b).

Während reales politisches Handeln im schulischen Kontext mit Blick auf den Beutelsbacher Konsens nur unter bestimmten Bedingungen als legitim angesehen wird, begünstigen simulative Makromethoden die Herausbildung entsprechender Fähigkeiten durch die Möglichkeit zum politischen Probehandeln (Nonnenmacher 2011). Charakteristisch hierfür ist die Einnahme verschiedener Rollen. In Abgrenzung zu anderen simulativen Unterrichtsmethoden geht es bei der Talkshow nicht darum, eine Problem- oder Konfliktlösung herbeizuführen. Stattdessen liegt der Fokus darauf, verschiedene Standpunkte einer politischen Kontroverse herauszuarbeiten (Massing 2020b). Während andere handlungsorientierte Methoden wie das Planspiel maßgeblich durch die „sozialen Interaktionen“ zwischen den teilnehmenden Personen geprägt sind (Engartner et al. 2015, S. 200), besteht bei der Talkshow keine Notwendigkeit, sich in andere Teilnehmer:innen hineinzusetzen oder mit ihnen in Verhandlungen zu treten. Dagegen wird das Ziel verfolgt, den Standpunkt der verkörperten Rolle so überzeugend wie möglich vorzutragen. Im Hinblick auf die Entwicklung (kommunikativer) politischer Handlungskompetenzen werden die Kompetenzfacetten *Argumentieren* und *Artikulieren* hierbei besonders geschult (Massing 2020a).

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Krisenlagen (u.a. Corona-Pandemie, Klimakrise und Ukrainekrieg) vermögen simulative Unterrichtsmethoden überdies einen Beitrag zu leisten, der über die Förderung kommunikativer Partizipationskompetenzen hinausgeht und auf ein Kernmerkmal demokratischer Bürger:innenschaft abzielt (Besand 2022, S. 16). So haben die Erfahrungen der letzten Jahre vermehrt die Erkenntnis gebracht, dass der Umgang mit komplexen Herausforderungen keine einfachen Antworten zulässt. Unterschiedliche Ansichten bestehen nicht nur in Bezug auf die Bewertung von Ursachen und Folgen verschiedener Problemsituationen. Auch mögliche Lösungsstrategien und ihre teils unabsehbaren Konsequenzen werden in Gesellschaft und Politik kontrovers diskutiert. Um entsprechende Themen in dieser Komplexität angemessen erfassen zu können, benötigen Menschen ein gewisses Maß an *Ambiguitätstoleranz*. Mangelt es an dieser Fähigkeit, Unsicherheiten und alternative Meinungen aushalten zu können (Engartner et al. 2015, S. 200), steigt die Wahrscheinlichkeit, sich populistischen Versprechen nach vermeintlich einfachen Lösungen hinzugeben (Lewandowsky 2022).

Der gewählte Talkshowtitel „Mediengeile Klimakleber oder selbstlose Weltretter: Ziviler Ungehorsam – ein Mittel gegen schwachen Klimaschutz in Zeiten politischer Trägheit?“ wirft die Frage nach der Berechtigung einer Form des Umweltaktivismus auf, die in ihrer Radikalität über die bisherigen Straßenproteste der Klimabewegung FFF hinausgeht. Indem die Schüler:innen sich auf Rollen einlassen, deren

inhaltlicher Standpunkt nicht zwingend mit ihrer persönlichen Meinung übereinstimmen, werden sie in die Lage versetzt, neue Perspektiven kennenzulernen und dabei die eigenen Vorannahmen kritisch zu hinterfragen (Engartner et al. 2015; Besand 2022). Neben verschiedenen Expert:innen wurde in dem vorliegenden Beispiel die Rolle einer Bürger:in einbezogen, um die Perspektive einer zufällig, aber massiv durch die Proteste in ihrem Alltag direkt betroffenen Verkehrsteilnehmerin zu repräsentieren.

Im Rahmen des Politikunterrichts ist es unerlässlich, diese Erfahrungen des „Dazwischenstehens“ (Jehle 2017, S. 73) in der abschließenden Auswertungsphase der Talkshow zu reflektieren und einzuordnen.

Die folgende Tabelle stellt die Rollen der in der Talkshow vertretenen Akteur:innen knapp dar:

*Tabelle 1:* Rollen in der Talkshow-Simulation

	Rolle 1	Rolle 2	Rolle 3	Rolle 4	Rolle 5
<b>Funktion in der Talkshow</b>	Moderation	Berufspolitiker:in	Protestforscher:in	Aktivist:in der LG	betroffene:r Bürger:in
<b>Kurze Positionierung</b>	–	„Ich bin kein Aktivist, ich bin Politiker, Teil dieser Bundesregierung, und muss Mehrheiten organisieren. Außerdem bin ich in einer Drei-Parteien-Koalition, das ist nicht immer vergnügungssteuerepflichtig. Wenn ich den Fridays-Leuten sage: Erwartet von mir nicht, dass ich euer parlamentarischer Arm bin, dann zeigt das, dass ich sie ernst nehme.“	„Protest in Form zivilen Ungehorsams ist ein wichtiges Element politischer Beteiligung in Demokratien, durch das thematische Impulse in der öffentlichen Debatte gesetzt werden können. Demokratie und die Meinungsäußerung durch Protest gehören zusammen.“	„UN-Generalsekretär Antonio Guterres sagt: ‚Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle - mit dem Fuß auf dem Gaspedal‘. Deswegen nutzen wir die Waffe der Demokratie, die historisch betrachtet, am schnellsten und effizientesten Veränderung herbeiführen kann: Friedlicher Ziviler Widerstand.“	„Ich kann ich die Aufregung junger Menschen schon verstehen. Aber dafür zu illegalen Mitteln zu greifen, unter denen dann alle andere leiden müssen, nur nicht die Politiker, finde ich nicht richtig. Die jungen Leute sollten wählen gehen oder zumindest friedlich demonstrieren. Stattdessen gibt es bei denen einige, die es scheinbar genießen, im Namen eines „edlen“ Anliegens, ihre Sehnsucht nach Abenteurer zu befriedigen!“
<b>Verhalten in der Talkshow</b>	sachlich, vermittelnd, moderierend	sachlich, konfrontativ	sachlich, unaufgeregt	konfrontativ, klar, dringlich	emotional, nicht immer sachlich
<b>Arbeitsmaterial</b>	Überlegungen zur... - Anmoderation des Themas, - Vorstellung der Gäste, - Gesprächsleitung/ Impulse - Abschluss und Verabschiedung	- Auszüge aus einem Interview mit Cem Özdemir (Der Spiegel)  - Auszüge aus einem Interview mit Renate Künast/Grüne und Theo Schnarr/Letzte Generation (Stern)	- Interview mit Dr. Michael Neuber (TU Berlin); geführt von Tom Meyer	- Interview mit einer anonymen Aktivistin der Letzten Generation; geführt von Tom Meyer.	- Artikel „Doppelmoral fürs Klima: Mit ihrem Protest entlarven sich Straßen-Blockierer selbst“ (Focus online).  - Leserbrief aus verschiedenen Zeitschriften und Periodika

Eigene Darstellung

Allgemein kann die Durchführung einer Talkshow in drei aufeinanderfolgende Phasen eingeteilt werden. Zur *Vorbereitung* der unterschiedlichen Rollenperformanzen organisieren die Schüler:innen sich in Gruppen. Die als Arbeitsmaterial ausgegebenen Rollenkarten liefern Informationen über die Position und geben Hinweise zum Verhalten in der Show. Mithilfe des bereitgestellten Informationsmaterials, das aus authentischen Dokumenten wie Zeitungsinterviews besteht, können inhaltliche

Begründungen für die Standpunkte erarbeitet werden. Eine entscheidende Voraussetzung für eine gelingende *Debatte* ist die geeignete Besetzung der Schlüsselrolle der Moderator:in, für die überdurchschnittliche kommunikative Fähigkeiten erforderlich sind (Massing 2020b). Als Grundlage für die letzte Phase – die *Auswertung* – dienen die Ergebnisse aus den Beobachtungen des Publikums. Dabei ist es ratsam, gezielte Fragestellungen zu formulieren, um die Aufmerksamkeit der Schüler:innen zu fokussieren. Grundsätzlich sollten die Talkshowteilnehmer:innen zuerst die Möglichkeit der Rollendistanzierung erhalten. Im Anschluss erfolgt die inhaltliche Analyse, in welcher die verschiedenen inhaltlichen Standpunkte herausgearbeitet und eingeordnet werden. Im Sinne der Förderung politischer Handlungskompetenzen sollten dabei auch die kommunikativen Aspekte reflektiert werden (Achour et al., 2020).

#### 4. Erfahrungen aus der praktischen Durchführung

Die Erprobung erfolgte im Juli 2023 an einer Stuttgarter Gemeinschaftsschule. Im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts einer 11. Klasse bekam die kooperierende Lehrperson im Vorfeld einen didaktischen Kommentar und sämtliche Materialien (Vorbereitungstexte, Rollenkarten) ausgehändigt. Die ursprünglich (inkl. thematischer Sensibilisierung für das Thema „Klimaproteste“ sowie Vorbereitungszeit für die Rollensimulation) für vier Unterrichtsstunden konzipierte Talkshow wurde innerhalb einer Doppelstunde durchgeführt. Zentrale Beobachtungen und Erfahrungen wurden anschließend in Form eines Interviews mit der verantwortlichen Lehrkraft sowie einer Gruppendiskussion mit den an der Talkshow-Diskussion beteiligten Schüler:innen ermittelt.

Das in der einschlägigen Literatur oftmals in Verbindung mit der Talkshow gebrachte Argument des *hohen Motivationspotenzials* kann bestätigt werden. Die Lehrperson äußerte die Einschätzung, dass die Schüler:innen trotz der schwierigen Rahmenbedingungen (große Hitze, Nachmittagsunterricht und Schuljahresende) sehr engagiert und sogar über das Unterrichtsende hinaus mitgewirkt hätten. Während die Lehrkraft das behandelte Thema als Quelle der Motivation ausmachte, wiesen die Schüler:innen in diesem Zusammenhang vorwiegend auf die Vorzüge der Methode hin.

Besonders häufig und eindrücklich wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines durch das rollengebundene Verhalten eröffneten „Testraums“ betont, der die Möglichkeit biete, *sich selbst auszuprobieren*. Während die Lehrkraft ihre anfängliche Verwunderung über die Besetzung einiger Rollen äußerte (eine eher ruhige Schülerin spielte die betroffene Bürgerin, eine Nicht-Muttersprachlerin die Politikerin), begründeten die entsprechenden Schüler:innen ihre Rollenwahl damit, dass sie sich selbst beweisen wollten, eine ungewohnte Situation meistern zu können. So äußerte die Darstellerin der betroffenen Bürgerin: „Ich bin ansonsten eine eher ruhige und schüchterne Person, in der Rolle der Wutbürgerin musste ich genau anders sein. Ich habe es als Chance gesehen, meine Angst zu überwinden“. Die Möglichkeit zur Stärkung des Selbstvertrauens wurde von der Klassengruppe allgemein als der größte Vorteil der Talkshow-Methoden genannt. Zudem bestand Konsens darüber, dass ein

positives Klassenklima als eine zentrale Voraussetzung für solche Prozesse angesehen werden müsse.

Bei ihrer Interpretation der Rollen schienen sich die Schüler:innen auch an *realen medialen Inszenierungen* zu orientieren. So schilderte die Lehrperson, dass die Schülerin, welche in die Rolle der Politikerin schlüpfte, viele Floskeln und Redewendungen verwendet habe, wie man sie aus der politischen Kommunikation kenne.

Auch mit einigen Tagen Abstand konnten sich die Schüler:innen noch an besonders eindrückliche Gesprächsausschnitte erinnern. Die Art und Weise, wie in der gemeinsamen Reflexion bestimmte Argumente analysiert und welche Kriterien zu deren Bewertung herangezogen wurden, lassen darauf schließen, dass sprachliche Handlungskompetenzen durch solche handlungsorientierten Makromethoden maßgeblich gefördert werden können. Exemplarisch soll hier ein kurzer Wortwechsel aus der Talkshow-Diskussion zwischen dem Protestforscher und der LG-Aktivistin angeführt werden, der von den Protagonisten als besonders „stark“ bezeichnet wurde und später als Reflexionsanlass diente:

Protestforscher: „Man fragt sich halt, ob es die Richtigen trifft, wenn es die normalen Bürger anstatt der großen Akteure trifft.“

Aktivistin: „Unsere Art des Protestes schließt andere Formen doch nicht aus.“

Während insbesondere dem Planspiel zugeschrieben wird, politische Prozesse verständlicher zu machen und damit ein realistisches Bild von Demokratien vermitteln zu können (Engartner et al. 2015), liefern unsere Erfahrungen erste Hinweise darauf, dass dieses Potenzial auch der Talkshow-Simulation innewohnt. Wie die Aussagen der einzelnen Protagonisten verdeutlichen, kann die Rollenübernahme dazu beitragen, das *Handeln zentraler Akteur:innen nachvollziehbarer zu machen*. In einer abschließenden Auswertung wäre es notwendig, diese Aussagen herauszugreifen und einzuordnen. Als eine beispielhafte Aussage kann hier das Zitat der Darstellerin der Politikerin angeführt werden, die ihr Gefühl während der Diskussion folgendermaßen beschrieb: „Ich verstehe jetzt eher, in welcher schwierigen Rolle Politiker sich befinden. Als Politiker war ich immer in der Verteidigung, wollte es jedem recht machen. Es ist sehr schwer, etwas für den Naturschutz und gleichzeitig für die Bürger zu tun“. Betrachtet man diese Aussage vor dem Hintergrund der eingangs thematisierten Gegenwartspräferenz moderner Demokratien, kann damit der Konflikt politischer Entscheidungsträger:innen erfahren werden, weitsichtig agieren zu wollen und gleichzeitig die Bedürfnisse der heutigen Wähler:innen in den Blick zu nehmen.

Insgesamt hat die Talkshow-Simulation an dem grundlegenden Urteil der Schüler:innen zu den Aktionen der Letzten Generation nicht viel verändert. Nachdem die Klasse bei einer Abfrage zu Anfang des Unterrichts geschlossen mit den Zielen der Aktivist:innen übereinstimmte, die praktizierten Aktionsformen zu deren Erreichung jedoch mehrheitlich ablehnte, zeigte sich dieses Stimmungsbild am Ende nahezu unverändert. Allerdings gaben die Schüler:innen an, die Beweggründe der einzelnen Akteure nach dieser Unterrichtsstunde besser nachvollziehen zu können. Ein *tiefgreifendes Verständnis* für die kontroverse Thematik geht auch aus der differenzierten Begründung hervor, mit welcher die befragte Schüler:innengruppe ihr Urteil über die Aktionen der LG erläuterte: Demnach würden die Protestformen ein falsches Bild von Umweltaktivismus in der Gesellschaft verbreiten. Straßenblockaden würden

zwar Aufmerksamkeit erzeugen, von großen Teilen der Bevölkerung jedoch als „zu radikal“ angesehen werden. Dementsprechend sollten sich die Aktivist:innen für Protestformen entscheiden, die die hauptverantwortlichen Akteur:innen für das Ausbremsen von Klimamaßnahmen – in diesem Fall die Unternehmen und politischen Entscheidungsträger:innen – direkt trafen. Vor diesem Hintergrund diskutierten die Schüler:innen mögliche wirksame Aktionsformate (z.B. das Anketten an den Werkstoren großer Automobilhersteller).

## 5. Fazit

Empirische Befunde zur Makromethode Talkshow-Simulation sind noch rar. Während Götzmann (2022) zu dem Ergebnis kommt, „dass die Wirksamkeit offener, problembezogener (Makro-)Methoden“ (S. 227) deutlich überschätzt würde und auch Engartner und Kollegen (2015, S. 209) auf die Grenzen simulativen Probedhandelns in Bezug auf die Herausbildung von „Bürgerqualitäten“ hinweisen, liefern videobasierte Auswertungen von Talkshow-Simulationen erste Hinweise auf den Mehrwert eines performativ vollzogenen Perspektivwechsels gegenüber einem rein kognitiven Zugang (Jehle 2017, S. 80). Unsere (bislang beschränkten) Erfahrungen stützen diese Einschätzung. In der Gruppendiskussion wiesen die Schüler:innen darauf hin, dass ihrer Erfahrung nach Schule dem Thema Klimawandel/Klimaschutz zwar erhebliche Bedeutung beimesse und dementsprechend breiten Raum gebe, politische Rahmenbedingungen und Aktionsformen des Handelns aber bislang weitgehend ausgespart würden. Unser Unterrichtskonzept versteht sich als Versuch, einen makromethodischen Rahmen zu entwickeln, diese *politischen* Aspekte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker ins Zentrum zu rücken.

### Anmerkung:

- 1 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/klima-proteste-umfrage-aktivisten-letzte-generation-100.html>.

### Literatur:

- Achour, S./Jordan, A./Sieberkrob, M. (2020). Argumentieren in Politik und Gesellschaft - Wie kann der Politikunterricht die politische Kommunikation durch sprachbildende Maßnahmen fördern? In: B. Jostes/D. Caspari/B. Lütke (Hg.). Sprachen – Bilden – Chancen: Sprachbildung in Didaktik und Lehrkräftebildung. Münster, Waxmann, 231–242.
- Albert, M./Quenzel, G./Hurrelmann, K. (2019). Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Weinheim: Beltz.  
<https://doi.org/10.3224/diskurs.v14i4.06>
- Besand, A. (2022). Die Krise als Lerngelegenheit. Oder: Kollaterales politisches Lernen im Kontext der COVID-19 Pandemie. In: Dies. (Hg.). Die Corona-Vorlesung. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Frankfurt/M., Wochenschau, 7–19. <https://doi.org/10.46499/1733>

- Best, V./Decker, F./Fischer, S./Küppers, A. (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Buchstein, H. (2012). *Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien. Neue Befunde zu einer alten Kontroverse.* In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.). *Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns.* Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung, 51–61.
- BVerfG - Bundesverfassungsgericht (2021). *Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 -, Rn. 1-270,*  
[https://www.bverfg.de/e/rs20210324\\_1bvr265618.html](https://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html) (abgerufen am 02.01.2022)
- Celikates, R. (2023). *Protest in der Klimakrise: Die Legitimität zivilen Ungehorsams.* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2, S. 99–106. Engartner, T./Siewert, M./Meßner, M./Borchert, Chr. (2015). *Politische Partizipation ‚spielend‘ fördern? Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25 (2), 189–217. <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2015-2-189>.
- Gesang, B. (2018). *Wie sollte eine Demokratie aussehen, die Nachhaltigkeit kann?* In: T. Mannewitz (Hg.). *Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge.* Wiesbaden, Springer VS, 87–105. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-20848-6\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-20848-6_5)
- Gesang, B. (2022). *So könnte eine Demokratie aussehen, die Nachhaltigkeit kann.* In: T. Gumbert/C. Bohn/D. Fuchs et al. (Hg.). *Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis.* Baden-Baden, Nomos, 169–192. <https://doi.org/10.5771/9783748934479-169>
- Götzmann, A. (2022). *Erkenntnisse zu Unterrichtsmethoden im Politikunterricht.* In: G. Weibeno/B. Ziegler (Hg.). *Handbuch Geschichts- und Politikdidaktik.* Wiesbaden, Springer VS, 219–231. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-29668-1\\_14](https://doi.org/10.1007/978-3-658-29668-1_14)
- Habermas, J. (1983). *Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat,* in: P. Glotz (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat,* Frankfurt/Main, Suhrkamp, S. 29–53.
- Healy, A./Malhorta, N. (2009). *Myopic Voters and Natural Disaster Policy.* *American Political Science Review* 103 (3), 387–406. <https://doi.org/10.1017/S0003055409990104>
- Hurrelmann, K. (2016). *Für eine Herabsetzung des Wahlalters.* In: A. Gürlevik/K. Hurrelmann/Chr. Palentien (Hg.). *Jugend und Politik.* Wiesbaden, Springer VS, 311–319. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-09145-3\\_14](https://doi.org/10.1007/978-3-658-09145-3_14)
- Jehle, M. (2017). *Möglichkeitenräume des Performativen. Potenziale handlungsorientierter Methoden zur Förderung von Mündigkeit im Politikunterricht.* In: *Zeitschrift für interpretative Schul- und Unterrichtsforschung* 6 (1), 68–82. <https://doi.org/10.3224/zisu.v6i1.06>
- Kiesewetter, B. (2022). *Klimaaktivismus als ziviler Ungehorsam.* In: *Zeitschrift für Praktische Philosophie* Band 9, H. 1, 77–114. <https://doi.org/10.22613/zfpp/9.1.3>
- Koos, S./Lauth, F. (2020). *Die gesellschaftliche Unterstützung von Fridays for Future,* in: S. Haunss/M. Sommer (Hrsg.). *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* Bielefeld: transcript, 205–226. <http://dx.doi.org/10.14361/9783839453476-010>
- Lewandowsky, M. (2022). *Populismus. Eine Einführung.* Wiesbaden, Springer VS.
- Mannewitz, T. (2018). *„Die beste Regierungsform bisher“?* In: T. Mannewitz (Hg.). *Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge.* Wiesbaden, Springer VS, 17–30. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-20848-6\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-20848-6_2)

- Massing, P. (2020a). Kompetenzorientierung im Politikunterricht. In: S. Achour/S. Frech/P. Massing et al. (Hg.). *Methodentraining für den Politikunterricht*. Frankfurt/M., Wochenschau, 21–33.
- Massing, P. (2020b). Talkshow. In: S. Achour/S. Frech/P. Massing et al. (Hg.). *Methodentraining für den Politikunterricht*. Frankfurt/M., Wochenschau, 212–218.
- Nonnenmacher, F. (2011). Handlungsorientierung und politische Aktion in der schulischen politischen Bildung. Ursprünge, Grenzen und Herausforderungen. In: B. Widmaier/F. Nonnenmacher (Hg.). *Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung*. Schwalbach/Ts., Wochenschau, 83–100.
- Reinhardt, S. (2022). *Politik Didaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II*, 10. Aufl. Berlin, Cornelsen.
- Rose, M. (2018). *Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie. Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation*. Wiesbaden, Springer VS.  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-18846-7>
- Rösel, F. (2017). Mehr oder weniger Populismus? - Wie wäre die Bundestagswahl 2017 ohne das Mindestwahlalter von 18 Jahren ausgefallen. *ifo Dresden berichtet* 24 (6), 3–6. Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/181150> (abgerufen am 28.10.2023).
- Rucht, D. (2023). *Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik* (ipb working paper 1/2023), Berlin.
- Spiegel Online (2023). Trotz Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung: Experten bezeichnen Klimapolitik der Bundesregierung als »ungenügend« vom 05.09.2023. Online verfügbar unter: [https://www.spiegel.de/wissenschaft/trotz-neuer-massnahmen-zur-co2-einsparung-klimapolitik-der-bundesregierung-ist-nicht-ausreichend-a-791d224a-2c2c-49a1-96f5-7c38933aeb64?sara\\_ref=re-xx-cp-sh](https://www.spiegel.de/wissenschaft/trotz-neuer-massnahmen-zur-co2-einsparung-klimapolitik-der-bundesregierung-ist-nicht-ausreichend-a-791d224a-2c2c-49a1-96f5-7c38933aeb64?sara_ref=re-xx-cp-sh) (abgerufen am 04.11.2023).
- Tremmel, J. (2018). Zukunftsrate zur Vertretung der Interessen kommender Generationen. In: T. Mannewitz (Hg.). *Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge*. Wiesbaden, Springer VS, 107–143. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-20848-6\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-658-20848-6_6)
- Welt (online) (2023). Letzte Generation will an Schulen aktiv werden, veröffentlicht am 08.04.2023, [https://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/Politik\\_\\_Inland\\_/article244708088/Letzte-Generation-will-an-Schulen-aktiv-werden.html](https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/Politik__Inland_/article244708088/Letzte-Generation-will-an-Schulen-aktiv-werden.html) (abgerufen am 02.01.2022).
- Wihl, T. (2022). Legalität von Autobahnblockaden: Die wilde Seite der Demokratie. In: *Legal tribune online*, 14.02.2022,  
[https://www.lto.de/persistent/a\\_id/47534/](https://www.lto.de/persistent/a_id/47534/) (abgerufen am 02.01.2022).
- World Vision Deutschland (Hrsg.) (2018). *Kinder in Deutschland 2018*. 4. World Vision Kinderstudie, Weinheim/Basel.